

Europa schließt Vertrag mit strengen Regelungen zur illegalen Migration, heißt aber Fachkräfte willkommen

Brüssel, "Al-Sharq Al-Awsat"

Die Führungen der EU-Staaten haben sich auf einen "Migrationsvertrag" verständigt, von dem angenommen wird, dass er weitere Verschärfungen in der Migrationspolitik des europäischen Kontinents bringen wird. Die europäischen Spitzenpolitiker verpflichteten sich, illegale Einwanderer auszuweisen sowie die Maßnahmen zur Grenzkontrolle zu verstärken. Zugleich kündigten sie jedoch an, darauf hinzuwirken, mehr migrantische Fachkräfte anzuziehen. In dem Vertrag heißt es, die EU-Staaten brauchten Einwanderer, doch "sie verfügen nicht über die nötigen Ressourcen, um alle Migranten aufzunehmen, die sich erhoffen, hier ein besseres Leben zu finden." Weiterhin heißt es von seiten der EU-Länder, man wolle besser mit jenen Staaten zusammenarbeiten, aus denen die Migranten kommen. So wolle man die illegale Migration bekämpfen sowie bei der Stärkung der Entwicklung in diesen Ländern helfen. Schließlich verständigten sich die Staatsführer darauf, keine kollektiven Legalisierungen von illegalen Migranten durchzuführen. Vielmehr wolle man dies auf einer von-Fall-zu-Fall-Basis handhaben.

Elizabeth Collett, politische Analytistin am European Policy Centre in Brüssel, kommentierte, der Vertrag "stellt eine konservativere Politik gegenüber der Migration dar. Er betrachtet die Migrationspolitik primär aus der Kontrollperspektive und macht dies noch deutlicher als früher." Die Staatsführer verpflichten sich in dem Vertrag wiederholt, sich auf eine gemeinsame Asylpolitik zu einigen. Sie sagten jedoch, dass sie diesen Punkt erst im Jahre 2012 erreichen könnten, anstelle des ursprünglichen Termins, der auf 2010 festgelegt worden war. Bjarte Vandvik, Generalsekretär des European Council on Refugees and Exiles merkte an: "Wir haben große Vorbehalte gegenüber der Richtung, die die Diskussionen eingeschlagen haben. Wir haben das Gefühl, der Vertrag verschiebt das Gewicht mehr in Richtung des sicherheitspolitischen Aspekts. Dieser hat aber bislang nicht die Lösungen für die Migrationsprobleme in Europa gebracht. So bleibt man weit entfernt von den notwendigen Anstrengungen, den Nachdruck auf die von den Menschenrechten gegebenen Garantien zu legen." Die EU-Minister hatten sich zuvor in diesem Jahr bereits darauf geeinigt, illegale Migranten für die Dauer von 18 Monaten festzunehmen und mit einem Einreiseverbot von fünf Jahren zu belegen. Die EU-Kommission schätzt, dass es in den Staaten der EU etwa 8 Millionen illegale Einwanderer gibt.

Übersetzung durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg